

ken ihr – nicht mit rechtlich verbindlicher Beschlusskraft ausgestattetes – Pastoralrat durch einen „Nationalen Pastoralrat“ fortschreiben wollten, gab es deshalb erheblichen römischen Widerstand (vgl. HK, Oktober 1972, 492 ff.), und das Projekt wurde auf die Einführung eines „nationalen Pastoralgesprächs“ reduziert (HK, März 1973, 161 f.). In der Schweiz wurde zum Abschluß der Synode 72 ein gesamtschweizerisches Beratungsgremium angeregt, das die Zusammenarbeit zwischen den Diözesen weiterführen sollte (HK, Januar 1976, 38). Die Pastoralplanungskommission hat daraufhin einen ersten Satzungsentwurf erstellt und an die zuständigen Stellen überwiesen. Die „Vernehmlassungsfrist“ ist inzwischen abgelaufen, und eine zweite Fassung befindet sich in Arbeit. Die Bezeichnung „Pastoralrat“ dürfte auch hier am Widerstand aus dem Vatikan scheitern. Immerhin scheint man aber davon auszugehen, daß das künftige Statut nicht

nur Effizienz, sondern auch Repräsentativität gewährleisten soll.

Die Struktur der Gemeinsamen Konferenz ist demgegenüber offensichtlich *mehr an Effizienz als an Repräsentativität orientiert*. Es darf bezweifelt werden, ob es einem Gremium, in dem sich zweimal oder – wie für 1977 vorgesehen – dreimal jährlich je 12 Bischöfe und Laien gegenüber sitzen (diesmal waren es je sieben, unter den Laien zwei Geistliche), gelingt, den von der Synode für das Verhältnis von Amt und Laien ausgehenden Impuls zu veralltäglichen. Man braucht kein Verfechter ekklesiologischer Revolutionen oder der Verwischung von Verantwortlichkeiten zu sein, um zu befürchten, daß die Mitsprache der Laien in Fragen ihrer Kompetenz im Rahmen der Gemeinsamen Konferenz auch unter die Räder geraten kann. Gegenwärtig beugt dieser Gefahr vielleicht noch die gute Besetzung der Kommission des Zentralkomitees vor. H. G. K.

Le Centurion, 188 p.). Die Bischofskonferenz verabschiedete außerdem eine Erklärung über die Kinderkatechese, ein Referat von Erzbischof Robert Coffy von Albi zum Thema „Kirche – Gemeinde – Sonntag“ und eine kurze Anweisung über die kirchliche Situation laisiierter Priester. Letzterer Text wurde erst am 30. November der Presse übergeben. Es heißt darin: „Es steht nicht in unserer Möglichkeit, den verheirateten Priestern das eigentliche Priesteramt in irgendeiner Form (Eucharistie, Bußsakrament, Hirtenamt) wieder anzuvertrauen.“ Am 30. Oktober hielt Erzbischof Etchegaray eine abschließende Ansprache, in der das Zentralthema noch einmal aufgegriffen und betont wurde: die ganze Kirche sei für die Verkündigung des Evangeliums verantwortlich.

Es ist auch jetzt erst teilweise möglich, das Profil dieser Veranstaltung zu zeichnen. Im allgemeinen glaubte die Presse, einen „Ruck nach rechts“ feststellen zu können. Diese Diagnose trifft jedenfalls für den „Brief an die Katholiken Frankreichs“ zu. Der Ton des fünfseitigen Schreibens hebt sich entschieden von den bisher üblichen Äußerungen der Bischöfe ab (vgl. den Wortlaut in: Documentation catholique, 3. 11. 76).

Es ist bekannt, daß der „Fall Lefebvre“ während der Sommermonate in Frankreich unerwartet starke Wellen geschlagen hatte. Die Mehrzahl der Bischöfe befahl nach dem Aufkommen der Lefebvre-Bewegung ein deutliches Gefühl der Unsicherheit. In Lourdes drückte der Vorsitzende der Bischofskonferenz deren Bedrängnis so aus: „Diesen Sommer hat ein Erdbeben Klüfte aufgerissen oder erweitert, die uns dazu veranlassen, nicht etwa einen anderen Weg einzuschlagen, sondern einen Augenblick innezuhalten, um die Fundamente des Hauses zu befestigen.“ Man kann annehmen, daß die mehr beharrenden Elemente hinter „verschlossenen Türen“ besser zur Geltung kamen, als das bei öffentlicher Diskussion der Fall gewesen wäre. Der veröffentlichte gemeinsame „Brief“ dürfte die vorherrschende Mentalität der französischen Bischöfe ziemlich

Kurskorrektur im Schatten Lefebvres

Die jährliche Vollversammlung der französischen Bischofskonferenz Ende Oktober 1976 in Lourdes hat über Frankreich hinaus Beachtung gefunden. Zahlreiche Pressekommentatoren sprachen von einer Kursänderung im Episkopat unter der Leitung des erst vor einem Jahr neu gewählten Vorsitzenden Erzbischof Roger Etchegaray von Marseille. Die Bischöfe hatten sich vor der offiziellen Eröffnung zu einer zweitägigen „privaten“ Arbeitssitzung in der Wallfahrtsstadt eingefunden. Schon das hatte einiges Aufsehen erregt. Denn von dieser geheimen Debatte waren nicht nur die Journalisten und die nichtkatholischen Beobachter ausgeschlossen, sondern auch die Vertreter anderer Bischofskonferenzen, die Priester, die Theologen und die Leiter der nationalen kirchlichen Behörden. Es liegt auf der Hand, daß dieses ungewöhnliche Verfahren eine außerordentliche und grundsätzliche Stellungnahme ermöglichen sollte.

Tatsächlich entstand während dieser offiziellen Tagung ein nicht erwarteter „Brief der Bischöfe an die Katholiken Frankreichs“.

Nach Erdbeben die Fundamente befestigen

Erst am 25. Oktober begann dann die eigentliche Vollversammlung mit einer programmatischen Ansprache von Erzbischof Roger Etchegaray. Das seit 1974 feststehende Hauptthema der Sitzung lautete: *Accueil et annonce de la parole de Dieu aujourd'hui* („Aufnahme und Verkündigung des Wortes Gottes heute“). Aufgrund weitgehender Vorarbeiten konnte der Bischofskonferenz bereits ein zweiter, verbesserter Textvorschlag unterbreitet werden. Die definitive Fassung wurde Anfang Dezember 1976 mit den übrigen Akten der Plenarsitzung veröffentlicht (*Construire l'Église ensemble*, Paris,

genau widerspiegeln. Zudem ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß der Vatikan den ständigen Rat der Bischofskonferenz aufgefordert hat, deutlich sichtbar werdende Trends im französischen Katholizismus, die politisch nach links weisen und kirchlich als „progressistisch“ eingestuft werden, Inhalt zu gebieten.

Ein Warnsignal

Der Brief der Bischöfe an die Katholiken Frankreichs besteht aus zwei Hauptteilen: I. Unsere Aufgabe: das Evangelium verkünden; II. Erfordernisse dieser Verkündigung. Der Text bezieht sich ausdrücklich auf die von Paul VI. am 8. Dezember 1975 erlassene Exhortatio apostolica „Evangelii nuntiandi“ (vgl. HK, März 1976, 133–152). Von Lefebvre und seiner Bewegung ist mit keinem Wort die Rede. Dabei weiß jeder Franzose, daß nicht das Schreiben des Papstes, sondern das durch Lefebvre orchestrierte Unbehagen dem „Brief“ der Bischöfe zugrunde lag.

Im ersten Teil verweisen die Bischöfe die katholischen Gläubigen auf die *unbedingte Transzendenz der göttlichen Offenbarung*. Ohne die linksausgerichteten Bewegungen der Katholischen Aktion zu nennen, formulieren sie ganz eindeutige Vorbehalte:

„Es gibt Christen, die ein mutiges Engagement in sozialen und politischen Organisationen eingehen. Für sie ist dieses Engagement eng mit der Verkündigung des Evangeliums verbunden. Sie beteiligen sich an den Bemühungen und kämpfen für Befreiung und Gerechtigkeit, was Analysen, Projekte und eine gewisse Gesellschaftswahl voraussetzt. Indem sie sich weigern, diese Unternehmen zu absolutisieren, können die christlichen Militanten für die Absolutheit Gottes (l'absolu de Dieu) Zeugnis ablegen(...). Es kann mitunter Situationen geben, in denen Christen ihre Bemühungen und Initiativen um mehr Gerechtigkeit mit Parteien und Organisationen teilen, deren Ideologie gewisse Grundwahrheiten unseres Glaubens verneint. Aber die Anerkennung eines persönlichen Gottes, der als Schöpfer und Er-

löser den Sinn des menschlichen Schicksals bestimmt, kann sich nicht mit Ideologien vereinbaren, die dem Glauben in wesentlichen Punkten widersprechen. Wir verlangen von den apostolischen Bewegungen, daß sie an ihrer spezifischen Berufung festhalten, nämlich der Verkündigung des Evangeliums. Diese Berufung darf weder mit einem politischen Projekt verwechselt noch zu parteiischen Zwecken mißbraucht werden.“

Diesen Ton der Rüge schlugen die Bischöfe erstmals im Herbst 1975 an, allerdings nachdem sie die Ideologisierung der Katholischen Aktion indirekt gefördert hatten. Der eben zitierte Wortlaut besagt im Klartext: „Achtung! Wir Bischöfe ziehen das Warnsignal. Ihr linksorientierten Katholiken verwechselt zu leicht euren Glauben mit dem Marxismus; ihr verabsolutiert euer politisches Engagement und verliert dabei den Sinn für die spezifische Botschaft des Evangeliums. Die Gefahr ist größer, als wir meinten: die Revolte von Lefebvre hat das ganze Ausmaß der Krise angezeigt.“ Es ist somit verständlich, daß diejenigen Katholiken, die sich über die Entwicklung der Kirche während der letzten 10 bis 15 Jahre Sorgen machten, den Brief der Bischöfe mit großer Genugtuung begrüßt haben, während sich die „progressiven“ Katholiken in tiefes Schweigen hüllen. Der Episkopat hat sich zum erstenmal ganz eindeutig der gesamtkirchlich wahrnehmbaren Reaktion gegen „nachkonziliarische Entgleisungen“ angeschlossen.

Diese Grundeinstellung ist auch aus dem zweiten Teil des Briefes ersichtlich. Es heißt dort, das *Hirtenamt der Bischöfe* bestehe darin, die Glaubenswahrheiten als feste Marksteine allen zugänglich zu machen. Folgende Dogmen werden mit Nachdruck erwähnt: „die Dreifaltigkeit, die Menschwerdung, die Erlösung, die Auferstehung, die Realpräsenz, die Jungfräulichkeit Mariens, der Mutter Gottes, unsere ewige Vollendung mit Christus in der Herrlichkeit“. Die Bischöfe erklären in diesem Zusammenhang, der *Katechismus* bleibe „unentbehrlich“ für die Kinder, bezüglich der 10 letzten Jahre werden gewisse katechetische „Unzu-

länglichkeiten“ beklagt. Bischöfe und Priester seien die rechtmäßigen Vorsteher der *Eucharistiefeyer*. Aus dieser Berufung ergäben sich zwei Verpflichtungen:

„1. Alle Möglichkeiten nutzen, die das von Paul VI. promulierte Meßbuch bietet (...). 2. Die Bedeutung des eucharistischen Geheimnisses wahren und vertiefen, so wie es Gott selbst in Jesus Christus geoffenbart hat. Der Vorsteher ist nicht Eigentümer der Eucharistie, sondern treuer Diener in Verbindung mit der Weltkirche. Die Gemeinde erwartet von ihm, daß er sich an die liturgische Ordnung hält, besonders an die eucharistischen Hochgebete, die der gesamten Kirche als echter Ausdruck ihres Glaubens und als sichtbares Zeichen ihrer Einheit sowie ihrer Allgemeinheit gegeben wurden. Wir Bischöfe und Priester müssen gemeinsam gegen die Mißbräuche reagieren, überall wo solche aufgetreten sind.“

Gegen politische Mißdeutungen

Zu fragen ist, *wie* dieser „Brief an die Katholiken Frankreichs“, der zweifellos einen Einschnitt bedeutet, seine Adressaten erreicht. Nur zwei Tageszeitungen – die Pariser „La Croix“ und der Straßburger „Nouvel Alsacien“ – haben den vollen Wortlaut des Schreibens veröffentlicht. Die übrige Presse, der Rundfunk und das Fernsehen zitierten Auszüge sowie Beifall spendende Kommentare von „Schweigenden“ und Traditionalisten. In seiner Schlußrede erklärte Erzbischof Etchegaray: „Niemand hat das Recht, diesem Brief ein sozial-politisches Etikett anzuhängen. Niemand hat das Recht, uns vorzuwerfen, das Pendel nach rechts oder nach links schwingen zu lassen. Dieser Brief ist keineswegs ein Kompromiß.“

Einen solchen politischen Vorwurf dürfte den Bischöfen auch niemand machen. Sie hatten kaum die Absicht, unmittelbar in das politische Leben der Nation einzugreifen. Nicht zu bestreiten ist indessen, daß die kirchliche Hierarchie im Felde politischer Bewe-

gungen und Strömungen des Landes so oder so einen bestimmten Platz einnimmt – ob die Bischöfe es bewußt wollen oder nicht, und daß sie daran ist, diese ihre Position neu zu bestimmen. Manche haben die französische Bischofskonferenz bei dieser Gelegenheit an ihre eigenen Erklärungen aus dem Jahre 1972 erinnert. Damals sprach sie sich sehr nachhaltig für das Grundprinzip aus, daß die menschliche Existenz in all ihren Formen eine „kollektive Dimension“ aufweist und an der „politischen Wirklichkeit“ teilhat (Politique, Église et Foi, Paris, Le Centurion, 1972, S. 100). Jetzt mußte der politische Aspekt in der Entwicklung des französischen Katholizismus (vgl. dazu auch HK, Oktober 1976, 527ff.) die Vollversammlung von 1976 um so mehr beschäftigen, als Lefebvre die rechts-extremistische Richtung seines eigenen Unternehmens klar zu erkennen gegeben hat.

Lefebvre hat die Versammlung von Lourdes aber wohl nicht nur aus die-

sem Grunde nachhaltig beeinflußt. Neben der Tatsache, daß er eine nicht zu unterschätzende Stimmung unter den „konservativen“ Katholiken in besonders extremer Weise artikuliert hat, wehren sich die französischen Bischöfe gegen Lefebvre besonders wegen des Verstoßes gegen die in Frankreich geltende Auffassung der bischöflichen Kollegialität. Hätte Lefebvre zentrale kirchliche Lehren über Gott und Christus tangiert, so wäre der Erzbischof kaum als gefährliche Herausforderung empfunden worden. Die französischen Bischöfe konnten sich gegen ihn mit Nachdruck auf den Papst berufen. Sie hatten aber mehrmals selbst Schwierigkeiten, das Prinzip der Kollegialität gesamtkirchlich, vor allem gegenüber dem Papst, durchzuhalten. Andererseits wurden manche Katholiken zu vorübergehenden Anhängern Lefebvres, weil sie auf diese Art ihrem antkollegialen Ärger Luft machen konnten. Dies hatten aber wohl weder die Bischöfe noch Lefebvre selbst vorausgesehen. C. W.

sche Erziehungshilfen z.B. bei der Vorbereitung auf die Taufe) und über Programme der Regierung gehandelt wird. Dieses Dokument kann in mancher Hinsicht als Ergänzung des Hirtenbriefes zur Moral angesehen werden, enthält es doch teilweise praktische Vorschläge und Anleitungen zur Verwirklichung der im Hirtenbrief dargelegten Grundsätze.

Mehr als nur Sexualmoral

Doch während der Bischofskonferenz war von einem inneren Zusammenhang zwischen den beiden Texten nicht die Rede. Man war vielmehr bemüht, beides voneinander getrennt zu halten, wahrscheinlich nicht zuletzt deshalb, um nicht Gefahr zu laufen, daß beide Dokumente abgelehnt würden. Denn schon vor Beginn des Treffens und noch längere Zeit während der Beratungen sah es so aus, als könne der Entwurf des Hirtenbriefes nicht die Hürde der erforderlichen Zweidrittelmehrheit nehmen. Gerüchte über Uneinigkeit des für die Ausarbeitung zuständigen Komitees und anscheinend gezielt publizierte Auszüge aus einem bereits in der Vorbereitungsphase abgelehnten zusätzlichen Entwurf vergrößerten die Ungewißheit über das Schicksal des Hirtenwortes, an dem man sich bereits seit Herbst 1972 herumgequält hatte. Ursprünglich wollte man nur einen *Hirtenbrief über Sexualmoral*, einigte sich dann aber doch auf eine Ausweitung des Themas, nicht zuletzt – wie bei einer Pressekonferenz zu Beginn der jetzigen Vollversammlung zu hören war – „in der Hoffnung . . . , man könne damit der Presse die Gelegenheit nehmen, zu behaupten, wir befaßten uns nur mit der Sexualität“ (NCNS, 9.11.76). Dennoch mußten die Bischöfe jetzt erleben, daß in den Medien praktisch nur die Aussagen über die Sexualmoral Beachtung fanden. Für viele Bischöfe kam dieses Echo anscheinend unerwartet, denn schließlich hatten sie zuvor verschiedentlich auf die Tatsache hingewiesen, daß im Vorbereitungsprozeß rund 50 Prozent der Vorschläge von Laien kamen und daß einer der Hauptberatenden *William*

Hirtenbrief der US-Bischöfe zu Grundfragen der Moral

Nach dem von amerikanischen Problemen und Traditionen geprägten Eucharistischen Weltkongreß in Philadelphia (vgl. HK, September 1976, 436ff.) und dem Kongreß „A Call to Action“ in Detroit, der offiziell den katholischen Beitrag zur 200-Jahr-Feier der USA abschließen sollte, dann aber überraschend große Diskrepanzen innerhalb der Kirche zutage treten ließ und für erhebliche Unruhe und Unsicherheit sorgte (vgl. HK, Dezember 1976, 595ff.), konnte man die Herbstvollversammlung der US-Bischöfe vom 8. bis 11. November in Washington für eine wenig Aufsehen erregende Routinekonferenz halten, zumal die mit Spannung erwartete Beschlußfassung der Bischöfe über die Resolutionen von Detroit erst für Mai 1977 auf dem Programm steht.

Doch mit der Verabschiedung eines gemeinsamen Hirtenbriefes (ein in den USA sehr seltener Vorgang) über mo-

ralische Werte sorgten die Bischöfe für Überraschung und Schlagzeilen. Die Aufregung darüber auch in der weltlichen Presse lenkte weitgehend von den übrigen Tagesordnungspunkten ab, von denen einige durchaus aktuell waren. Z.B. setzten sich die Bischöfe auch für Verhandlungen über einen neuen Panama-Kanal-Vertrag ein, wobei die Rückgabe der Souveränität über den Kanal an die Regierung von Panama als Lösung herausgestellt wurde. Einstimmig unterstützten sie eine Erklärung zur Einwanderungspolitik, in der mehr Hilfe für die rund 400 000 jährlichen Einwanderer in die USA verlangt und die jüngsten einschneidenden Beschränkungen besonders für die Einreise von weiteren Familienangehörigen aus Mexiko kritisiert werden. Zu den wichtigsten Entscheidungen der Konferenz zählte ferner eine Stellungnahme über *Vorsorge und Erziehung in der frühen Kindheit*, in der über Elternschulung (religiöse und pädagogi-